



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Beer

und

Antwort

der Landesregierung -

„Wintermoratorium vorbei – was geschieht mit den Roma?“

Im November 2012 änderte der Landtag die Landesverfassung und nahm die Minderheit der deutschen Sinti und Roma als schützenswert in die Landesverfassung auf. [1]

Am 14. Dezember 2012 verkündete das Innenministerium ein „Wintermoratorium“ für Abschiebungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten in Länder auf dem Balkan – Roma waren davon in besonderem Maße betroffen. [2] Dieser Abschiebestopp ist nun vorbei und die Betroffenen werden laut Mitteilung des Innenministeriums derzeit dazu aufgefordert, das Land zu verlassen. [3] Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hingegen fordert schon seit langem ein dauerhaftes Bleiberecht [4] und auch die Europäische Kommission forciert seit Jahren mit Rahmenrichtlinien die Verbesserung der Integration von Roma in die europäischen Nationalstaaten. Die Bundesregierung legte 2011 diesbezüglich einen Report vor. [5]

Dazu frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Personen waren vom o.g. „Wintermoratorium“ betroffen? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Angehörige der Minderheit der Roma vom „Wintermoratorium“ betroffen waren (bitte sowohl nach Herkunftsland als auch nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten aufschlüsseln)? Welche weiteren Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Auswirkung des „Wintermoratoriums“?
2. Wie bewertet die Landesregierung die räumlichen und finanziellen Kapazitäten der Kreise zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (bitte nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten aufschlüsseln)? Welche Auswirkungen hatte das „Wintermoratorium“ in Bezug auf diese Kapazitäten?

3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, aufenthaltsrechtlich mit Staatsangehörigen der EU-Länder Rumänien und Bulgarien umzugehen, die gemäß Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 [6] kein Recht auf Aufenthalt für mehr als drei Monate in der Bundesrepublik genießen? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Angehörige der Minderheit der Roma darunter sind (bitte sowohl nach Herkunftsland als auch nach Kreisen bzw. kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
4. Wie beabsichtigt die Landesregierung, aufenthaltsrechtlich mit Staatsangehörigen von Nicht-EU-Ländern auf dem Balkan (Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, Kosovo, Montenegro sowie Türkei) umzugehen, die kein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik genießen? Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Angehörige der Minderheit der Roma jeweils darunter sind (bitte sowohl nach Herkunftsland als auch nach Kreisen/kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
5. Stellt aus Sicht der Landesregierung die Verfolgung im Herkunftsland aufgrund der Zugehörigkeit zur Minderheit der Roma einen hinreichenden Grund zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 60 Aufenthaltsgesetz oder besonderen Schutzbedarf gemäß Art. 17 EU-Aufnahmerichtlinie dar (bitte ggf. nach Herkunftsländern aufschlüsseln und Gründe nennen, sofern möglich)?
6. Wie ist die Haltung der Landesregierung gegenüber der Veto-Drohung der Bundesregierung gegenüber der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in das Schengen-Abkommen [7]?
7. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, Roma-Flüchtlinge sowohl aus EU- als auch Nicht-EU-Staaten auf dem Balkan in der Bundesrepublik und insbesondere in Schleswig-Holstein dauerhaft aufzunehmen? Wenn ja, in welcher Form, wenn nein, warum nicht?
8. Wie bewertet die Landesregierung die nationale Strategie der Bundesregierung zur Integration von Roma (siehe Vorbemerkung) und darin insbesondere die Trennung zwischen „deutschen Sinti und Roma“ auf der einen und „ausländischen Roma“ auf der anderen Seite? Sieht die Landesregierung eine europäische Verantwortung für die europäische Minderheit der Roma und mit welchen Maßnahmen will sie ihr ggf. gerecht werden?

Angelika Beer, MdL

[1] http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandLeute/Minderheiten/RomaSinti/romaSinti_node.html

[2] http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2012_neu/121214_im_abschiebestopp.html

[3] http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2013/130325_im_abschiebungsmoratorium.html

[4] http://www.frsh.de/uploads/media/pe_14.11.2012.pdf

[5] <http://ec.europa.eu/justice/discrimination/roma/national-strategies/>

[6] <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32004L0038:DE:NOT>

[7] <http://www.kas.de/rumaenien/de/publications/33905/>